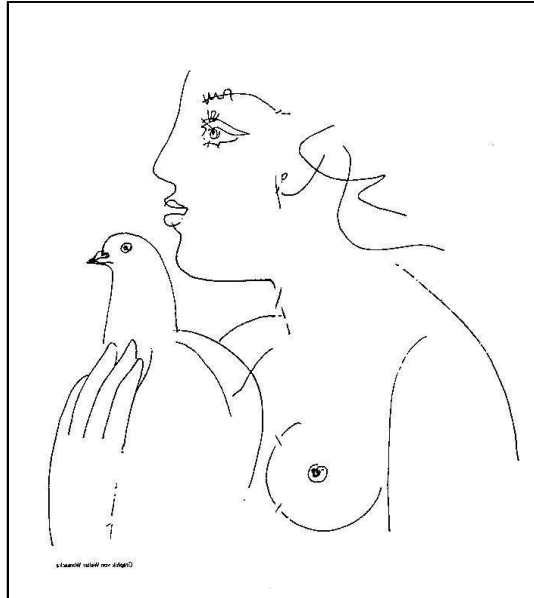


Nr. 165



**In Erinnerung an den Vietnamkrieg
„... und die Bundeswehr wäre an diesem
Sieg beteiligt!“**

(Aus einer streng vertraulichen militärpolitisch-psychologischen Studie der Führungsakademie der Bundeswehr aus dem Jahre 1964 Titel: „Die Bestätigung des deutschen Soldaten in der Gegenwart“)

... aber die Volksbefreiungsarmee Vietnams machte den Wünschen der bundesdeutschen Militärs einen Strich durch die Rechnung, befreite Saigon am 30. April 1975 und beendete damit einen dreißigjährigen Krieg

von

Hellmut Kapfenberger

Redaktionsschluss: 20. April 2015

In maßgeblichen Kreisen der Bundeswehr witterte man im Sommer 1964 Morgenluft. In jener Zeit drängte Washington darauf, die Bundesrepublik möge sich bitteschön als tatkräftigen Beweis ihrer Bündnistreue und als adäquate Gegenleistung für die maßgeblich von den USA gewährte Westberlin-Garantie nicht mehr nur wie seit 1955 politisch, finanziell und materiell in Südvietnam engagieren. Man erwartete mehr und machte Druck. So entstand denn an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese in jenem Sommer eine entsprechende, streng vertrauliche militärpolitisch-psychologische Studie ihrer Studiengruppe Heer, betitelt: *„Die Bestätigung des deutschen Soldaten in der Gegenwart“*.

Es blieb der DDR-Presse vorbehalten, von diesem hoch brisanten Papier 1966 der deutschen und internationalen Öffentlichkeit Kenntnis zu geben (*)

Unterteilt in die Abschnitte „Historischer Rückblick“, „Die Problematik heute“ und „Das Erfolgserlebnis der Bundeswehr“, atmete dieses Dokument aus der Ausbildungsstätte für Stabsoffiziere, der 1957 gegründeten höchsten Bildungseinrichtung der Bundeswehr, den alten militaristischen Geist an der Spitze der vorgeblich neuen westdeutschen Armee. Um ihn nach schmerzhafter jahrelanger Zwangspause in der Praxis fortleben lassen zu können, hielt man Vietnam in der gegebenen Situation für eine exzellente Gelegenheit, sich nach 1918 und 1945 endlich erstmals in einem großen Krieg mit Siegeslorbeer schmücken zu können.

Wie war die Situation? Unübersehbar war der Fehlschlag der bisherigen strategischen Kriegführungskonzepte der USA in Vietnams Süden, die auf einigen zehntausend "Beratern" bei der mit riesigem Aufwand hochgerüsteten Saigoner Armee und diversen eigenen Kommandozentralen fußten. Die politische und militärische Führung in Washington war sich der komplizierten Lage wohl bewusst, produzierte sich aber dennoch in demonstrativer propagandistischer Siegeszuversicht. So meldeten sich "strategische Köpfe" beim treuesten Verbündeten diesseits des Atlantiks zu Wort. Ob es allerdings ganz im Sinne Washingtons war, dass das "Ziehkind" mit dem Gedanken schwanger ging, in

Südvietnam auf Augenhöhe mit dem Hauptakteur agieren zu wollen, statt "nur" zu Diensten zu sein, sei dahingestellt.

„Der deutsche Offizier war nach dem ersten Weltkrieg sehr stark in der deprimierenden Vorstellung befangen, in einer Armee gedient zu haben, die den Siegeslorbeer nicht errungen hat“, hieß es im „Historischen Rückblick“ einleitend. „Das Preußisch-Kaiserliche Heer und sein Offizierskorps trugen nicht nur ein volles halbes Jahrhundert lang – (von 1864 bis 1914) – das erhebende Gefühl in sich, Sieger in drei Kriegen gewesen zu sein und zur Weltgeltung Deutschlands durch den Ruhm seiner Waffentat entscheidend beigetragen zu haben. Von der Jahrhundertwende an bis zum Kriegsausbruch im August 1914 wurde dieses jeden Soldaten erhebende Gefühl auch aufgebaut und gestärkt durch erfolgreichen Einsatz auf verschiedenen kleineren Kriegsschauplätzen in Asien und Afrika, was bei Freund und Feind Achtung und wohl auch Furcht erzeugte. Es ist kein Zufall, dass dadurch der deutsche Soldat in den Ruf kam, der beste Soldat zu sein. Der Große Generalstab beließ das Heer nicht nur im Glanze des Ruhms von 1870/71, sondern nutzte von dem Augenblick an, als für weitschauende Politiker und Militärs der Krieg unausbleiblich heranrückte, jede sich bietende Gelegenheit, diesen Ruhm aufs neue zu bestätigen. Deshalb war es in der Reichswehrzeit für die Wehrmachtsführung von Bedeutung, für die junge Wehrmacht die Ursache der Niederlage von 1918 nicht aus soldatischem Versagen oder mangelhaften Führungsqualitäten abzuleiten.“

Weiter: „Für den Geist der Truppe und in Vorbereitung der unvermeidlich auf sie zukommenden großen Aufgaben mussten psychologische Tatsachen geschaffen werden, die es dem Offizier möglich machten, in der Erziehung seiner Soldaten nicht nur auf die Tradition preußisch-deutschen Soldatentums: Tapferkeit, Mut, Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung verweisen zu können, sondern auch und noch vielmehr auf den Lohn dieser Tugenden, den krönenden Sieg! (...) Dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935 zugleich verbunden wurde mit dem Einmarsch der jungen Wehrmacht in die sogenannte entmilitarisierte

Rheinlandzone (*), war zwar nicht die Feuertaufe, aber alle nachfolgenden Aktionen – Österreich, Sudetenland, Tschechoslowakei – stellten psychologische Steigerungen dar, die sich auf den Geist der Soldaten wohltuend auswirkten und dem Offizier die Ausbildung mit all ihren physischen und psychischen Anforderungen außerordentlich erleichterten. Mit der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg konnte die erstarkte Wehrmacht Ruhm an ihre Fahnen heften, sich mit dem Siegeslorbeer schmücken und die Überlegenheit deutschen Menschen- und Kriegsmaterials beweisen. Die propagandistische Auswertung tat ihr übriges, aus dem Bewusstsein der deutschen Soldaten die Erinnerung an die Niederlage von 1918 auszulöschen.“

Zu Beginn des Abschnitts „Die Problematik heute“ war zu lesen: „Mit dem Aufbau der Bundeswehr stellten sich der Truppenführung ähnliche Probleme wie nach dem ersten Weltkrieg. Die mit der Erinnerung an die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht verknüpften Depressionserscheinungen, von denen auch bewährte Soldaten nicht frei bleiben, setzten den Zwang zu vollständig neuem Beginn. Die Gefahr des Verlustes des Traditionsbildes war mit der Stunde null sehr groß. Als Ersatz für fehlendes Siegesbewußtsein konnte der Trost gelten, nunmehr wenigstens mit der Gruppe der Sieger verbündet zu sein, die, gleich uns, einen potentiellen Gegner nur noch ostwärts zu suchen hatten. Unter den einflussreichsten Militärs der Verbündeten sieht jedoch nur eine sehr kleine Elite im deutschen Soldatentum ein erstrebenswertes Vorbild.“

Die Bundeswehr sei nun in die NATO integriert. „Die Form der Aufgabe nationalstaatlicher Rechte wurde für die Übervorsichtigen im In- und Ausland als Sicherung gegen Rückfälle in die Vergangenheit hingestellt. Damit wurde zugleich jede Bindung an die Traditionen deutschen Soldatentums zerschnitten und die Heranbildung einer verantwortungsbereiten Elite unterbunden, zumindest erschwert. Um diese Behauptung an einem negativen Beispiel zu erläutern: So bedeutungslose NATO-Länder wie Dänemark und Norwegen können durch ihren Einspruch die Betätigung deutscher Offiziere und Soldaten, die in ihrer Eigenschaft

als gleichberechtigte NATO-Partner handeln, unmöglich machen. Dänemark und Norwegen berufen sich dabei nicht auf NATO-Grundsätze, sondern auf nationale Überlegungen. Eine solche Sachlage ist nicht dazu angetan, das Selbstbewusstsein deutscher Soldaten und Offiziere in der eigenen Armee, geschweige denn in ihrer Integration zur NATO zu heben und neu zu entwickeln.“

Im Abschnitt „Das Erfolgserlebnis der Bundeswehr“ wurden dann unverblümt die neuen Ambitionen nach der als teils so unbefriedigend charakterisierten Vergangenheit formuliert. „Was von den Bündnispartnern der NATO bei der Aufstellung der Bundeswehr als Sicherung gegen Potential und Wirksamkeit einer neuen deutschen Armee gedacht war – die restlose Integrierung der Bundeswehr in die NATO und deren Stäbe – kann leicht überspielt werden, indem wir Bündnistreue par excellence betreiben. Gelegenheiten, diese Bündnistreue zu beweisen, haben sich in letzter Zeit viele angeboten. (...) Aufgabe der Politik und Diplomatie muss es sein, die Konstellation zu schaffen, die den militärischen Notwendigkeiten den entsprechenden Raum geben. Es darf da kein Zögern und Zaudern geben. Die Politiker können davon überzeugt sein, dass auch die militärischen Überlegungen politisch durchdacht sind.“ Als Beispiel dafür dient die Zypernfrage. Ursprünglich habe – offenkundig bei der militärischen Führung - die Absicht bestanden, „ein Bundeswehrkontingent einzusetzen, Makarios in die Schranken zu verweisen und in dem Streit zwischen Türkei und Griechenland um Zypern eine Schiedsrichterrolle zu übernehmen“. (*)

Das aber hätte „unweigerlich“ zum Konflikt mit dem einen oder dem anderen dieser beiden NATO-Partner geführt „und unnötig die NATO-Partner England, USA und Frankreich verärgert, die im Zypernkonflikt ihre differenzierten Interessen vertreten“. Deshalb sei es richtig gewesen, „von einer Aktion der Bundeswehr abzusehen“.

Wenn sich also eine „Bundeswehraktion im Zypernstreit“ nicht empfehle, „so bietet sich in Südostasien, vornehmlich in Südvietnam, eine Gelegenheit, die unverzüglich genutzt werden sollte.

Eine Bundeswehraktion hätte in verschiedener Hinsicht günstige Folgen. Wenn die USA in Südostasien nicht das Gesicht verlieren wollen, müssen sie schon in allernächster Zeit zu Aktionen schreiten, die klare Verhältnisse schaffen und dem sich auch in diesem Teil der Welt immer mehr ausbreitenden kommunistischen Einfluss zumindest einen Damm entgegenstellen.“

Und weiter: „Die Teilnahme eines Bundeswehrkontingents würde die Bündnistreue der Bundesrepublik unter Beweis stellen. Da das Pentagon sich nicht mehr mit halben Maßnahmen begnügen darf, ist der Sieg gewiss und – was das entscheidendste ist – **die Bundeswehr wäre an diesem Sieg beteiligt!**

Eine weitere Konsequenz sollte nicht übersehen werden: Eine Bundeswehraktion unter diesen Aspekten gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde Ansehen, Achtung und Autorität der Bundeswehr bei allen NATO-Partnern, vor allem aber in den USA, gewaltig steigern; denn optisch würde sich ein Sieg der USA und Südvietnams vor der Weltöffentlichkeit so darstellen, als ob er ohne Hilfe und Eingreifen der Bundeswehr gar nicht hätte errungen werden können. Von besonderer psychologischer Bedeutung wäre gleichzeitig, dass erstmals deutsche und amerikanische Einheiten im bewaffneten Kampf Seite an Seite stünden.“

Der Schluss: „Die junge Bundeswehr braucht einen sichtbaren Erfolg. Er würde nicht nur die These erhärten, dass Deutschland diesmal den richtigen Bundesgenossen auf seiner Seite hat, sondern würde außerdem klarstellen, dass jeder Bündnispartner mit diesem Deutschland und dieser Bundeswehr rechnen muss. Die Priorität nächst oder vielleicht auch neben den USA im NATO-Bündnis wäre dann unbestreitbar.“

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass hier nicht etwa kranke Hirne am Werk gewesen sind. Auch ist diese Studie 1964 natürlich nicht vom Himmel gefallen. Sie war nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt Produkt des Lehrkörpers jener Einrichtung der Bundeswehr, der die Aufgabe zugewiesen ist, künftige Stabsoffiziere zu befähigen, „die Aufgaben der Bundeswehr im Rahmen von Gesellschaft und Staat richtig zu erkennen und überzeugend zu vertreten, unterstellte Soldaten optimal auszubilden und zu

erziehen sowie im Rahmen der Gesamtstreitkräfte zu denken und zu handeln“. Sie entstand an einer Einrichtung der Bundeswehr, die seit 1967 bis heute den jeweils besten Kursanten ihres Generalstabslehrgangs mit einem "General-Heusinger-Preis" auszeichnet, einem nach einem Manne benannten Preis, dessen Verhaftung und Auslieferung wegen Kriegsverbrechen auf sowjetischem Boden 1961 die UdSSR von den USA gefordert hatte. Ex-Nazi-Generalleutnant Heusinger war seinerzeit Chef des NATO-Militärausschusses in Washington geworden, der höchste NATO-Militär.

Seit dem 1. Januar 1964, zu der Zeit also, da die Studie zu Papier gebracht wurde, stand General Heinz Trettner als Generalinspekteur an der Spitze der Bundeswehr. Seit 1929 Offizier, hatte er 1938 eine Generalstabsausbildung erhalten. „Während des Zweiten Weltkrieges plante er im Mai 1940 als Major und Stabschef von General Kurt Student die Eroberung Hollands und erhielt dafür das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.“ (*) Er nahm 1941 am Kreta-„Unternehmen Merkur“ teil, war dann als Generalstabschef eines Korps in der Sowjetunion im Einsatz und kommandierte zuletzt als Generalmajor und Eichenlaubträger in Italien eine Division der Fallschirmjäger, die sich dort zahlreicher Gräueltaten schuldig gemacht haben. „Während der Zeit des Nationalsozialismus war er von November 1936 bis Januar 1938 zunächst Adjutant von Generalmajor Hugo Sperrle und anschließend Staffelpkapitän der Legion Condor während des Bürgerkrieges in Spanien.“ (*) Trettner, Träger auch der höchsten franco-spanischen Kriegsauszeichnungen, trat 1956 als Generalmajor den Dienst in der Bundeswehr an.

Kaum anzunehmen ist, dass eine solch brisante, garantiert nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Studie der Akademie-"Studiengruppe Heer" ohne Kenntnis des Heeres-Inspektors der Bundeswehr zu Papier gebracht werden konnte. Ab 1962 selbst Kommandeur der Führungsakademie, hatte Generalmajor Ulrich de Maizière diesen Inspektorsposten 1964 übernommen. De Maizière war bereits seit Anfang 1951 als "Militärberater" in Bonn tätig gewesen und 1955 als Oberst in die Bundeswehr eingetre-

ten. Die Befähigung für den Aufstieg in der neuen Armee hatte er sich ab 1941 als Generalstäbler vorwiegend an der Ostfront erworben. Ab Februar 1945 gehörte er als Oberstleutnant und Erster Generalstabsoffizier der Operationsabteilung des Oberkommandos des Heeres (OKH) an. "In dieser Funktion nahm er im Frühjahr 1945 auch an den Lagevorträgen bei Adolf Hitler in der Berliner Reichskanzlei teil." (*)

Als nun Bundeswehrstrategen ernsthaft darüber sinnierten, wo und wie der seit Offiziersgenerationen heiß ersehnte militärische Lorbeer erworben werden könnte, und ihren schmachtenden Blick nach Südostasien richteten, war ihr Staat schon längst in das Indochina-Abenteuer der USA involviert. Sein direktes Vietnam-Engagement hatte Ende 1955 seinen Anfang genommen. Die Bundesrepublik gehörte zu den ersten USA-Verbündeten, die damals jene "Republik Vietnam" anerkannten, die von Washington unter Bruch der Genfer Indochina-Abkommen vom Vorjahr und damit des Völkerrechts im Süden Vietnams installiert worden war. Im Grunde genommen von Anfang an gehörte sie dann nach den USA zu den größten Geldgebern dieses Saigoner Regimes, und das bis zu dessen unrühmlichen Ende am 30. April 1975.

Die zwei Jahrzehnte währende kostspielige Unterstützung Saigons durch Bonn dürfte aber weniger als Schulterchluss mit dessen häufig wechselnden, chronisch maroden, vom Militär dominierten und von Washington ausgehaltenen Führungscliquen zu verstehen gewesen sein. Bestimmend waren wohl andere Faktoren. Zum einen demonstrierte man damit gemeinsames Agieren zweier notorisch antikommunistisch Gesinnter auf dem Schauplatz der zu jener Zeit schärfsten Systemkonfrontation, der indochinesischen Halbinsel. Zum anderen dürfte sich als Bündnistreue etikettierte unterwürfige Dankbarkeit gegenüber dem großzügigen politischen, ökonomischen und militärischen Förderer USA offenbart haben. Der verfügte zudem - wie vor allem Anfang der 60er Jahre offenkundig werden sollte - jederzeit über ein gut funktionierendes Druckmittel gegenüber Bonn: Westberlin. Nicht nur zu Washingtons Gefallen, sondern auch auf dessen

ausdrücklich artikuliertes Verlangen wurden schließlich, gestützt auf forcierte Rüstung und mit demonstrativem politischen Rückhalt, im militärischen Lager des westdeutschen Staates eigene Ambitionen nach direktem Mittun manifest.

Als man sich in Bonn sicherlich in der Überzeugung, auf der Seite der Sieger zu stehen, Mitte der 50er Jahre dazu entschlossen hat, als direkter Partner der USA in Vietnam Flagge zu zeigen, konnte ein militärischer Beitrag (noch) nicht geleistet werden. Der ideelle und organisatorische Boden dafür war aber schon lange vorbereitet. Der von den europäischen Verbündeten abgenickte, von den USA vehement verlangte und materiell abgesicherte Aufbau einer Armee begann offiziell zwar gerade erst, war aber von Militärs der jüngsten Vergangenheit inzwischen akribisch geplant. Schon Ende 1950 hatte denn auch der stellvertretende USA-Außenminister Dean Acheson verlauten lassen, es sei nicht mehr die Frage, "ob Deutschland in eine allgemeine Verteidigungsplanung einbezogen werden sollte, sondern, wie dies durchgeführt werden" könne.

Der Kurs war klar abgesteckt. Am 26. Mai 1952 wurde in Bonn ein schon seit Ende 1950 verhandelter "Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten" signiert, der auch Generalvertrag genannte "Deutschlandvertrag". Mit ihm sollte vor allem der Weg für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands freigemacht werden. Der Vertrag regelte das Ende des Besatzungsregimes in der BRD und gab ihr weitgehende Souveränitätsrechte. Sein Inkrafttreten aber war an das eines ebenfalls schon lange verhandelten Vertrages über die Bildung einer "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" gebunden. Einen Tag nach der Bonner Unterzeichnungszeremonie wurde in Paris dieser EVG-Vertrag unterschrieben. Er sah vor, die Streitkräfte Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande und - in naher Zukunft - Westdeutschlands zu einer "Europäischen Armee" zu verschmelzen. Triumphierend tönte Kanzler Adenauer am 3. Dezember 1952 in einer Regierungserklärung im Bundestag: "Nach dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft werden dieser auch deutsche Trup-

pen angehören. Ich möchte erklären, dass wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Rahmen der hohen soldatischen Überlieferungen ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Wir sind überzeugt, dass der gute Ruf und die großen Leistungen des deutschen Soldaten, trotz aller Schmälerungen während der vergangenen Jahre, in unserem Volke noch lebendig sind und es auch bleiben werden."

Doch Adenauer hatte zu früh gejubelt. Die französische Nationalversammlung hatte offensichtlich richtig hingehört und lehnte im August 1954 als einziges der sechs Parlamente den EVG-Vertrag ab. Damit war auch der Deutschlandvertrag zu Makulatur geworden. Nach diesem Debakel suchten die Westmächte auf Washingtons Drängen gemeinsam mit der Regierung Adenauer fieberhaft nach einer Alternative. Sie wurde im September/Oktober auf einer Neun-Mächte-Konferenz in London ausgehandelt. Das dann am 23. Oktober in Frankreichs Hauptstadt unterzeichnete Vertragswerk, die "Pariser Verträge", begründete die Westeuropäische Union (WEU), deren Mitglieder besonders auf Verlangen Frankreichs selbst über ihre Armeen verfügen sollten, sich aber zu gegenseitiger militärischer Hilfe verpflichteten. Die Verträge besiegelten den Beitritt der BRD zur WEU und ebneten den Weg für ihre Aufnahme in die NATO bei Inkrafttreten der Dokumente. Damit wurde die "Westbindung" der Bundesrepublik festgezurrert und nicht einfach endgültig grünes Licht für die Wiederbewaffnung gegeben, sondern der Auftrag zur Aufrüstung im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft gegeben. Die Verträge wurden am 27. Februar 1955 von einer Bundestagsmehrheit ratifiziert und traten am 5. Mai in Kraft. Damit war Bonns Traum Wirklichkeit geworden, nicht mehr nur im politischen, sondern in absehbarer Zeit auch im militärischen Konzert der Großen des westlichen Blocks gleichberechtigt mitwirken zu können. Der Aufbau der Bundeswehr schritt in den Folgejahren mit Riesenschritten voran.

In der Endphase der Regierung Adenauer und mit der Kanzlerschaft Ludwig Erhards (1963 bis 1966) wurde die Bundesrepublik zum verbal treuesten und im Hinblick auf Vietnam auch spen-

dabelsten Verbündeten des kriegführenden Hauptpartners. Der hielt die Zeit für gekommen, zunächst diskret und dann sehr deutlich zu verstehen zu geben, dass man nicht auf Dauer nur Gebender sein werde. Als John F. Kennedy am 26. Juni 1963 – wenige Monate vor seiner Ermordung – auf einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus anlässlich des 15. Jahrestages der „Luftbrücke Berlin“ jubelnde Westberliner dank handschriftlicher Aussprachehilfe wissen ließ „Ish bin ein Bearleener“ (Ich bin ein Berliner), war das dann auch alles andere als eine Liebeserklärung an eine schöne Stadt. Es war ein von vielen damals wahrscheinlich nicht verstandener und mit Sicherheit noch heute geleugneter Fingerzeig. Kaum jemandem abseits der „großen Politik“ und selbst innerhalb des politischen Establishments von Bundesrepublik und Westberlin wird wohl gewärtig gewesen sein oder, wenn doch, Skrupel beschert haben, dass es dabei auch um Vietnam ging.

Kennedys Amtsnachfolger, sein Vize Lyndon B. Johnson (1963-1969), formulierte das im November in seiner Antrittsrede vor beiden Häusern des USA-Kongresses schon deutlicher: „This nation will keep its commitments from South Vietnam to West Berlin.“ (Diese Nation wird ihre Verpflichtungen von Südvietnam bis Westberlin einhalten.) Damit war der Bundesrepublik eines unmissverständlich zu verstehen gegeben worden: Amerikanische Bestands-garantie für das nicht etwa von der DDR-Propaganda als „Frontstadt“ und „Pfahl im Fleische der DDR“ apostrophierte Westberlin war ohne Gegenleistung im Hinblick auf den anti-kommunistischen Feldzug in Vietnam auf Dauer nicht zu haben. Die folgenden Jahre lieferten vielfältige Beweise, dass die Johnson-Administration das in unverfängliche und deshalb westlich der DDR-Grenze millionenfach bejubelte Worte gekleidete politische Druckmittel häufig und zuweilen auch hemdsärmelig nutzte.

Kanzler Erhard hatte die Lektion verstanden und ließ es nicht an entsprechenden verbalen Bekenntnissen fehlen. Kanzler Kurt Georg Kiesinger (1966-1969) tat es dann seinem Vorgänger gleich. So nutzte Erhard im März 1966 eine Rede im Bundes-

tagswahlkampf zu dem Kassandrarauf: „Wehe, wenn die Vereinigten Staaten dort versagen würden, dann frage ich Sie: Wie steht es um die Sicherheit Berlins und um die Sicherheit Europas?“ In seinem Buch „Johnson, Vietnam und der Westen“ resümiert der westdeutsche Autor Joachim Arendt, Erhard „befürwortete vollends die amerikanische Argumentation und übernahm die zu einem Glaubensgrundsatz erhobene Metapher, die Freiheit werde in Südvietnam wie in Westberlin verteidigt“. (*) Zu erwartende Konsequenz war, dass sich Bonn schließlich auch mit immer unverhohlener vorgebrachtem Verlangen nach Entsendung westdeutscher Truppen in das Kriegsgebiet konfrontiert sah.

Angesichts der Erwartungen in Washington, dass die „Frontstadt“-Garantie mit einem angemessenen Beitrag der Bundesrepublik zur dauerhaften „Befriedung“ Südvietnams honoriert werde, wurde spätestens ab 1963 über Jahre hin in Politikerkreisen und Medien der Bundesrepublik fleißig über einen Einsatz kompletter Einheiten der Bundeswehr auf dem Kriegsschauplatz debattiert und spekuliert. Hinter den Kulissen aber gab es, was damals der westdeutschen Öffentlichkeit verborgen blieb, durchaus entsprechende Überlegungen und offenbar sogar schon konkrete Angebote an die Adresse der USA. Kanzler Erhard wird zugeschrieben, Ende 1963 McNamara in einem vertraulichen Gespräch in Washington zugesichert zu haben, „dass die Bundeswehr einige Bataillone für Vietnam zur Überwachung des Friedens stellen werde“. Adenauers Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, der bis 1962 dieses Amt innehatte, gab 1989 in seinen *Erinnerungen* preis, im Mai 1964 in Washington von McNamara über diese Geheimofferte Erhards informiert worden zu sein. Erhard, so Strauß, habe seine Auslassung später dahingehend relativiert, dass er an Sanitätsbataillone gedacht habe. (*)

Der erpresserische Zusammenhang zwischen Südvietnam und Westberlin wurde von Washington zu eben jener Zeit thematisiert, da sich die USA noch im Geheimen darauf vorbereiteten, in Südvietnam zur Vermeidung eines drohenden Debakels direkt militärisch einzugreifen. Die bis dahin verfolgte Strategie, mit einigen zehntausend "Beratern" bei der Saigoner Armee und etli-

chen eigenen Kommandozentralen den immer erfolgreicher operierenden Befreiungstreitkräften Paroli bieten zu wollen, hatte sich als Irrweg erwiesen. Anfang 1964 mahnte der Nationale Sicherheitsrat der USA Präsident Johnson: "Ein Sieg der Kommunisten würde dem Ansehen der USA in der ganzen Welt Schaden zufügen. Der Konflikt ist ein Testfall dafür, wie die USA mit einem kommunistischen 'Befreiungskrieg' umgehen werden. Die gesamte US-Außenpolitik ist betroffen." Es kam der 4. August mit dem angeblichen "Zwischenfall im Golf von Tonkin", dem von Washingtons Militärs erfundenen Angriff vietnamesischer Torpedoschnellboote auf einen amerikanischen Zerstörer; es folgte ab Februar 1965 der Luftkrieg gegen den Norden Vietnams und Anfang März die Landung der ersten amerikanischen Kampftruppen im Süden.

Ergebenheitsadressen Bonns gegenüber dem Verbündeten unmittelbar nach dem 4. August und später waren logische Folge dessen, dass im Vorfeld des ersten offiziellen Erhard-Besuchs im Weißen Haus in Washington im Juni 1964 "amerikanisches Drängen auf deutsche Truppen" sehr deutlich geworden war, wie in Presseberichten registriert wurde. Erhard aber zögerte noch, stimmte jedoch, wie im Kommuniqué vom 12. Juni erklärt wurde, mit Johnson darin überein, dass "die Republik Vietnam in ihrem Widerstand gegen den Vietcong volle Unterstützung erfahren" müsse. Washington ließ in der Frage eines Bundeswehreinsetzes in Südvietnam nicht locker. Mitte 1965 attestierte die *Hannoversche Allgemeine* den Amerikanern "ein unstillbares Verlangen, die Deutschen vor ihren Karren zu spannen." Bei einem Bonn-Besuch Verteidigungsminister Robert McNamaras im selben Jahr war Zeitungsberichten die "wenig kaschierte Bitte" an den deutschen NATO-Partner zu entnehmen, "sich aktiv an der Unterstützung der Verteidigungsbemühungen Südvietnams gegen die kommunistische Bedrohung zu beteiligen". Ministerkollege Kai-Uwe von Hassel habe aber nur die "Prüfung von Materialwünschen im Bereich des Sanitätswesens" zugesagt. (*)

Das Zaudern der Bundesregierung entgegen dem Drängen aus Kreisen der Bundeswehr in der Frage militärischen Mittuns hatte

einen Vorfall zur Folge, über den *DER SPIEGEL* 2001 berichtete. "Auf die Idee, dass die Deutschen nicht nur Zelte aufbauen und Gulasch austeilten könnten, kam zuerst US-Präsident Lyndon B. Johnson. Der Texaner brauchte 1965 Soldaten für den Vietnam-Krieg und fand, dass die Westdeutschen sich am Mekong für die amerikanische Schutzgarantie in Berlin revanchieren könnten. Die Bundesregierung war nicht begeistert. Der Vietnam-Krieg war in Deutschland schon 1965 unpopulär." Das Blatt weiter: "Fünf Tage vor Weihnachten verpasste Johnson dem widerstrebenden Bundeskanzler Ludwig Erhard eines der berühmtesten 'Johnson-Treatments'. Der Präsident schmeichelte und jammerte, brüllte, schrie und tat schließlich so, als wollte er dem Kanzler an den Kragen: Jetzt zeige sich, wer Amerikas wahre Freunde seien. Der Präsident forderte für Vietnam eine Sanitätseinheit von 200 Mann und ein Pionierbataillon von 1000 Mann. US-Verteidigungsminister Robert McNamara ließ wenige Wochen später durchblicken, dass auch deutsche Kampftruppen willkommen seien. Erhard versprach lieber viel Geld für das südvietnamesische Regime und schickte das Hospitalschiff 'Helgoland' vor die vietnamesische Küste, das bald in den Verdacht geriet, eine Mischung aus Kneipe und Bordell zu sein."

Henry Kissinger, seit Anfang der 60er Jahre Sicherheitsberater der Präsidenten Kennedy und Johnson, berichtete einmal über ein Gespräch mit Erhard im Januar 1966: "Erhard fragte nach Vietnam, und ich beschrieb ihm kurz die Lage. Er sagte, er denke, die Bombardierung des Nordens solle weitergehen damit Amerika nicht schwach und unentschlossen erscheint. (...) Er fragte, ob wir wirklich deutsche Kampftruppen in Vietnam wünschen." Erhard habe gesagt, McNamara habe BRD-Botschafter Knappstein "gedrängt, mindestens Pionierbataillone nach Vietnam zu entsenden. Er denke, dass die Entsendung uniformierten Personals außer Frage stehe. Er sei bereit, mit der Ausweitung der ökonomischen Hilfe und der Ermunterung deutscher ziviler Baufirmen, sich in Vietnam zu beteiligen, ein echtes Opfer zu bringen". (*) Die Debatte ging im Laufe jenes Jahres unvermindert weiter. Schon im Januar sahen sich CDU, SPD und FDP veranlasst, uni-

sono Presseberichte als "Gerüchte" abzuqualifizieren, "Techniker- oder Sanitätergruppen der Bundeswehr sollten als halb-, pseudo- oder quasi-militärische Einheiten nach Südvietnam entsandt werden". (*) Ihr Dementi konnte nicht überzeugen.

Bisweilen trieben Spekulationswut und Sensationsgier bundesdeutscher Blätter auch die wildesten Blüten, so zum Beispiel, als gleich mehrere von ihnen im Februar 1966 "einen möglichen deutsch-deutschen Bruderkrieg im Dschungel Vietnams" nahen sahen, "wenn Einheiten der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr aufeinanderstießen. Dass die *Frankfurter Allgemeine* dabei mit von der Partie war, verwundert nicht. Auf Soldaten der NVA konnten Bundeswehrangehörige in Südvietnam nicht stoßen. Die Bundeswehr hingegen hätte nicht nur in Zivil, ob nur durch die Kleidung kaschiert oder pro forma demobilisiert, wie im Laufe der Zeit ruchbar wurde, in ganzer Größe präsent sein können. Ihre Gelüste, aber auch die Wunschvorstellung, die einer der ranghöchsten USA-Kommandeure in Südvietnam im November 1966 äußerte, sprachen durchaus dafür. Nach einem Inspektionsflug zusammen mit dem neuen BRD-Botschafter Dr. Wilhelm Kopf, einst Diplomat im Dienste des Nazi-Regimes, sagte General de Puy gegenüber dem Chefredakteur der *Neuen Ruhr-Zeitung*, Jens Feddersen: "Das Beste wäre, ich hätte an meiner rechten und an meiner linken Flanke je eine deutsche Division."

Es kam denn doch nicht dazu, "dass die Bundeswehr einige Bataillone für Vietnam zur Überwachung des Friedens stellen werde", wie Erhard Ende 1963 in Washington McNamara zugesagt haben soll, womit er einen Frieden nach militärischem Triumph der USA gemeint haben dürfte. Zum einen konnte es solchen Sieg nicht geben, wäre Washington auch nicht zufrieden gewesen. Zum anderen war es vielleicht etwas übertrieben, aber sicherlich auch nicht pure Illusion, was Ex-Verteidigungsminister Franz Joseph Strauß nach eigenen Worten erwidert hat, als er im Mai 1964 vom USA-Verteidigungsminister über Erhards Zusage informiert wurde. Er zitierte in seinen Erinnerungen: "Ein Bundeskanzler, der deutsche Soldaten nach Vietnam schicken wolle,

würde vom Volkszorn in einem Sturm der Entrüstung hinweggefegt werden." (*) Statt der Bataillone in Uniform, womit Erhard, so Strauß, später Sanitätsbataillone gemeint haben wollte, setzte man in zwar sorgsam geheim gehaltenen, aber mit Sicherheit nicht geringer Zahl anderes oder eben nur anders gekleidetes Personal in Marsch. Daran änderte sich auch unter den späteren Kanzlern Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt nichts. Erst mit dem Fall Saigons am 30. April 1975 war Schluss.

Anmerkung:

Dieser Beitrag basiert auf der detaillierten Darstellung der Rolle der Bundesrepublik in Sachen Vietnam (1955 bis 1975) in meinem Buch *Berlin-Bonn-Saigon-Hanoi - Zur Geschichte der deutsch-vietnamesischen Beziehungen* (Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2013). Quellenangaben zu den mit (*) gekennzeichneten Zitaten und Fakten können dem Buch entnommen werden.

(*) Zu Zypern: Im Ergebnis einer machtvollen Volksbewegung wurde die britische Kronkolonie Zypern im August 1960 zur Republik mit Erzbischof Makarios III. als Präsident. Von den Briten geschürte Spannungen zwischen türkischer und griechischer Inselbevölkerung führten ab Ende 1963 zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Internationaler Protest verhinderte eine drohende NATO-Intervention und erzwang die Stationierung von UNO-Truppen zur Gewährleistung der Unabhängigkeit Zyperns.